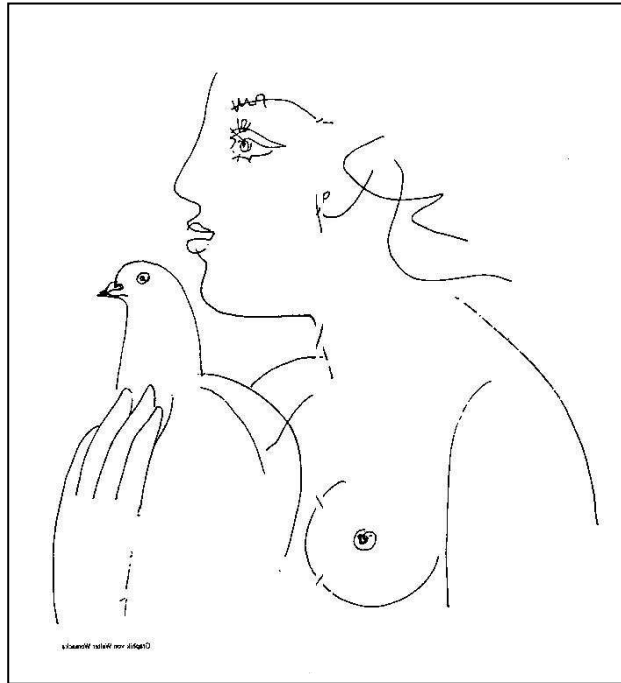


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 118



Der Tag „X“

Nachlese zum 60. Jahrestag des 17. Juni 1953

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 10.07.2013

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Der 60. Jahrestag war von der Bundesregierung als einer der Höhepunkte zur Dämonisierung und Verteufelung der DDR langfristig vorbereitet worden. Der Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann (CDU), hatte vor Monaten im Bundestag verkündet: „Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der SBZ und in der DDR ist auch über 20 Jahre nach der Wiedergewinnung der deutschen Einheit eine für Staat und Gesellschaft notwendige Aufgabe. Einen Schlussstrich...kann und wird es nicht geben. (1)

Die politische Elite des Landes ist über das unbefriedigende Ergebnis von mehr als zwei Jahrzehnten antikommunistischer Hasspropaganda beunruhigt.

Schon vor fünf Jahren hatte Neumann ein negatives Delegitimierungs - Fazit ziehen müssen. Es gipfelte in dem Eingeständnis, dass „die Aufarbeitung des SED-Unrechts noch immer nicht angemessen im öffentlichen Bewusstsein verankert ist.“ (2)

Im gleichen Jahr 2008 hatte dann die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende für die Annahme des Beschlusses „Geteilt. Vereint. Gemeinsam“ auf dem Stuttgarter Parteitag gesorgt. „Aufklärung über DDR-Unrechtsregime verstärken – wider das Vergessen und Verdrängen“, lautete die vom Parteitag ausgehende Aufforderung an Medien, Filmwesen, Bildung und Wissenschaft.

Fünf Jahre später nun meldete Neumann als „alarmierende Tendenz 2012“, dass die Schüler „Grundlegendes nicht wissen“. (3) Hinzu käme, dass - vornehmlich in Ostdeutschland - vor allem Eltern „umdenken“ müssten.

Wieder wurden auch für das laufende Jahr von der Bundesregierung 100 Millionen Euro aus Steuermitteln für die Fortsetzung des als „Erinnerungskultur“ firmierenden Kalten Krieges

1 Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 22. März 2013

2 www.bundesstiftung-aufarbeitung.de /Pressemitteilungen

3 www.stiftung-aufarbeitung.de

gegen die seit über zwei Jahrzehnten nicht mehr existierende DDR bereit gestellt.

Neumann wollte es nicht auf sich sitzen lassen, dass die Manipulierung beachtlicher Teile der Bevölkerung einfach nicht griff. Als Koordinierer des Wirkens des Netzwerks „Aufarbeitung der SED-Diktatur“, dem zig Organisationen und Verbände angehören, hatte er in Vorbereitung des 17. Juni für eine intensive, flächendeckende Propaganda gesorgt. Seit Jahresbeginn waren mehr als 2.500 Ausstellungen gestaltet worden. Acht für Bildung zuständige Kultusminister der Länder, Landeszentren für politische Bildung, die Bundeswehr, die IG Bau und die Zentralstelle für Auslandsschulwesen nutzten Exemplare der Ausstellungen. In Rathäusern, Stadtbibliotheken, Volkshochschulen und Kirchengemeinden wurde die Öffentlichkeit mit hetzerischen, vom Geschichtsrevisionismus geprägten Exponaten konfrontiert. Neumann, der bekanntlich nicht nur für („Erinnerungs-)Kultur, sondern auch für Medien zuständig ist, sorgte dafür, dass im Rahmen der „Aufklärungs-„ Kampagne in allen Fernsehkanälen, auf Hörfunk-Frequenzen, in den Spalten von Tages- und Wochenzeitungen sowie in Zeitschriften, in allen Genres ein den zeitweiligen Siegern der Geschichte genehmes Geschichtsbild vom 17. Juni 1953 vermittelt wurde.

Am Tage selbst griffen schließlich auf Gedenkstunden die obersten Repräsentanten des Staates ein.

„Tag X“ fiel aus

In den Medien und in den Ausstellungen wurde der Öffentlichkeit regelrecht „eingehämmert“, der 17. Juni 1953 in der DDR sein „Arbeiteraufstand“ gewesen.

In diesem Zusammenhang sind die „Erkenntnisse“ des Wissenschaftlers Heidenreich von der „Unabhängigen Historiker-Kommission zur Erforschung des BND 1945 – 1968“ interessant. Heidenreich meint nämlich, „die Organisation Gehlen (ORG), Vorläufer des BND, (hat) das Ausmaß der Krise verkannt, die zur Rebellion führte. Die rund 700 Agenten in Ostdeutschland meldeten von den zahlreichen Streiks in der DDR

vor dem 17. Juni nur einen einzigen.“ Allerdings, so Heidenreich, habe er „lediglich ‚verstreute Quellen‘ ermitteln können, aus den frühen fünfziger Jahren sei insgesamt ‚nur sehr fragmentarisches Schriftgut‘ greifbar gewesen.“ (4) Das einzige „Fundstück“, das Heidenreich an Land ziehen konnte, war eine Karteikarte, „die den bekannten Merseburger Streikführer Friedrich Schorn als westdeutschen Agenten enttarnt. Der Rechnungsführer bei den Leuna-Werken wurde von der ORG im März 1953 unter der V-Nummer 2368,11 registriert.“ (5)

Immerhin gab es in Westberlin Büros von 80 Spionageeinrichtungen. Sie waren darauf ausgerichtet, die Destabilisierung der DDR zu betreiben. Die Bundesregierung praktizierte gegen die DDR einen regelrechten Wirtschaftskrieg. Es gab einen elektronisch geführten Psychologischen Krieg. Die Agenten „vor Ort“ sollten – neben ihren Spionage-Aufträgen – für Unruhe sorgen.

Die Aufgabe der elektronischen Medien des Westens hat u. a. Edmund Taylor, US-Experte für psychologische Kriegführung, in der Schrift „Politische Kriegführung – ein Schwert, das wir aus der Scheide ziehen müssen“ dargelegt. Danach ging es darum, „vor allem Aktionen zu organisieren, zu koordinieren: Streiks, Arbeit-langsam-Aktionen, Demonstrationen...“ usw. (6)

Zu der von der Manipulierungs-Industrie vorgegebenen Sprechregelung „Arbeiteraufstand“ war am 2. April 2013 in dem vom Berliner Alternativen Geschichtsforum erarbeiteten und vom Vorstand der GBM bestätigten Standpunkt zum 17. Juni 1953 gesagt worden:“ In den Vordergrund gerückt werden von den heutigen politischen Eliten Streiks und Demonstrationen, bei denen die DDR geschmäht und ‚freie Wahlen‘ gefordert wurden. In Erinnerung bleiben allen demokratisch gesinnten Menschen allerdings geplünderte Geschäfte und in Brand gesetzte HO-Verkaufskioske, gestürmte öffentliche

4 SPIEGEL ONLINE, 11. Juni 2013

5 ebenda

6 The Reporter, 14. September 1961

Gebäude und ihr verwüstetes Inneres, ‚befreite politische Gefangene‘, darunter verurteilte Nazi- und Kriegsverbrecher und Kriminelle, und tätlich angegriffene, ja stellenweise zu Tode geschleifte SED- und FDJ-Mitglieder, Volkspolizisten und Gewerkschaftsfunktionäre. Jeder kann erkennen: **Das ist nicht Arbeiterart!**

Trotzdem wird hartnäckig behauptet, der 17. Juni sei ein ‚Arbeiteraufstand‘ gewesen. Nein, er war – ursprünglich berechtigtes Verlangen von Arbeitern ausnutzend – ein Versuch konterrevolutionärer Kräfte, die DDR mit ihren sich entwickelnden Produktions- und Machtverhältnissen zu beseitigen und mit dem „Tag X“ die alten Gesellschaftsverhältnisse wiederherzustellen.“

In einem von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Bericht wurde davon gesprochen, es sei zu „Ausschreitungen“ gekommen. „Es werden Gebäude gestürmt und Einrichtungen demoliert, Propaganda-Buden (Zeitungskioske, d. Verf.) und Zollhäuschen an der Sektorengrenze werden angesteckt... Um 11.10 Uhr meldet die Westberliner Polizei, um 11.20 Uhr die Ostberliner Volkspolizei, dass Jugendliche die rote Fahne vom Brandenburger Tor entfernt haben. Die Fahne wird vor den Augen russischer Soldaten zerrissen.“ (7) So der Bericht. Die Westberliner Polizei meldet allerdings nicht, dass die Jugendlichen Westberliner Bürger waren.

Die „Aufklärer“ und Macher der „Erinnerungskultur“ überboten sich in der Begriffswahl. „Arbeiteraufstand“ genügte mitunter nicht mehr. Von einem „Volksaufstand“ war folglich die Rede. In dem schon erwähnten Bericht der Bundeszentrale für politische Bildung wird eine Zahl genannt: „Als die Berliner Bauarbeiter am 16. Juni ihre Arbeit niederlegen und von der Stalinallee in die Leipziger Straße marschieren, ahnt noch niemand, welches Ausmaß der Aufstand annehmen wird. Am nächsten Tag streiken mehrere zehntausend Menschen in Ost-Berlin.“ (8)

7 www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/de 17-juni

8 ebenda

Ein „Volksaufstand“ in der DDR-Hauptstadt mit „mehreren zehntausend Menschen“!

Bei der Handvoll „Zeitzeugen“ die der RBB in einer Abendschau-Serie aufgeboten hat, befinden sich zwei Westberliner Bürger, die schilderten, wie sie sich am „Volksaufstand“ beteiligten. (9) Zu den „Volksaufständlern“ gehörten massenweise frisch eingekleidete „Bauarbeiter“, die aus den Berliner Westsektoren über die Sektorengrenze zu den Streikenden stießen. Der Bericht der Bundeszentrale kommt nicht umhin, diese Realität zu erwähnen:

“Gegen 20.00 Uhr (am 17. Juni, d. Verf.) fordert der Kreuzberger SPD-Bürgermeister Kressmann die noch am Potsdamer Platz verbliebenen etwa 3.000 Menschen über einen Lautsprecher auf, nach Hause zu gehen. Viele Demonstranten ziehen sich über die Sektorengrenze auf die Westberliner Seite zurück. 500 ‚Unentwegte‘, hält der Westberliner Polizeibericht fest, bleiben noch.“ (10) Die Westberliner Hilfwilligen konnten offensichtlich noch nicht fassen, dass der konterrevolutionäre „Volksaufstand“ gescheitert war und der „Tag X“ nicht stattfand.

Koordinierungszentrale RIAS

Eine Schlüsselrolle bei der Koordinierung von Demonstrationen und Krawallen am 17. Juni kam dem RIAS zu. 1946 war er von der US-Administration im amerikanischen Sektor von Berlin eingerichtet worden. Die „New Herald Tribune“ schrieb ein Jahr vor dem 17. Juni: „Wegen seiner Sendungen, aber auch wegen der Informationen, die er sammelt, ist der RIAS für den Erfolg der Arbeiten gewisser deutscher Widerstandorganisationen, die ihr Hauptquartier in Berlin haben, unschätzbar.“ (11) Eng arbeitete der RIAS mit zur Destabilisierung der DDR geschaffenen Organisationen wie der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, dem „Ostbüros“ der SPD und des DGB sowie

9 RBB, Abendschau, 11. und 12. Juni 2013

10 www.bpb.de, a. a. O.

11 New Herald Tribune, 11. Juli 1952

dem „Bund freiheitlicher Juristen“ zusammen. Solchen Organisationen waren zeitweilig feste Sendezeiten im Programm des Senders eingeräumt. Ständige Sendereihen waren „Werktag der Zone“ und „Berlin spricht zur Zone“. Der RIAS wurde von seinen Betreibern als „politisch intensivster Sender der Welt“ bezeichnet. Rund die Hälfte der Sendezeit bestand aus Wortsendungen, Ein Drittel von ihnen war der Politik gewidmet. Im Verlauf von 24 Stunden wurden 33 Mal Nachrichten ausgestrahlt.

Mit dem 17. Juni 1953 sah der Chefredakteur des Senders, Herr Egon Bahr, die Stunde der „Bewährung“ gekommen. Bei Wikipedia heißt es: „Bereits am Abend des 15. Juni berichtete der Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) detailliert über Streiks in der Berliner Stalinallee.“ Der RIAS war über die am 15. Juni geplante Arbeitsniederlegung frühzeitig unterrichtet.

Bei Wikipedia heißt es weiter: „RIAS-Chefredakteur Egon Bahr (SPD) setzte sich dann mit „Vertretern der Streikbewegung“ zusammen, „um Generalstreik über das Radio auszurufen. Der Sender verwehrte allerdings diese Möglichkeit.“ (12).

Die letzte Aussage bedarf einer Korrektur: Nicht „der Sender“, nicht Bahr „verwehrte diese Möglichkeit“. Vielmehr untersagte ein Vertreter der US-amerikanischen Besatzungsbehörde die Ausstrahlung des Aufrufs. Man befürchtete internationale Verwicklungen.

Bahr, schon ganz in der Rolle des Koordinators eines „historischen Ereignisses“ traf daraufhin zwei Entscheidungen: Erstens stimmte er mit den Wortführern des Streiks den Wortlaut eines 5-Punkte-Forderungsprogramms ab, woraufhin „der RIAS im Studentakt die Forderungen der Streikenden zitierte und auch den Treffpunkt für den 17. Juni weitergab.“ (13)

Bahr unterlief, wie die „Osnabrücker Zeitung“ jetzt erinnerte, den Befehl der US-amerikanischen Militärregierung: „Doch Bahr bat daraufhin den Westberliner DGB-Chef um einen Kommentar zu den aufbegehrenden Arbeitern in der DDR, der

12 wikipedia.org/wiki/Aufstand_des-17_juni

13 Berliner Zeitung, 17. Juni 2013

dann den Treffpunkt für den 17. Juni ‚selbstverständlich‘ wiederholte.“ (14) Wikipedia dazu: “Am 17. Juni rief dann der Berliner DGB-Vorsitzende Ernst Scharnowski über den RIAS erstmals dazu auf, die Ostdeutschen sollten ihre ‚Strausberger Plätze überall‘ aufsuchen. So konnte sich die Kunde von den Protesten in der Hauptstadt äußerst schnell in der ganzen DDR ausbreiten.“ (15)

„Dagegen konnten die Amerikaner nichts sagen“, freut sich der 91-Jährige noch heute, der sich im Laufe seiner langen Karriere nicht umsonst den Spitznamen ‚Tricky Egon‘ erwarb.“ (16) Befragt, wie er die Rolle des RIAS in den Juni-Tagen 1953 einschätzt, antwortet Bahr, der Sender habe damals „bewusst oder unbewusst den Aufstand ausgelöst.“ (17) Der Berlin-Korrespondent der „New York Times“ war da am 19. Juni 1953, also zwei Tage nach den Streiks, recht eindeutig: “Es wäre niemals zu den Unruhen gekommen, wären nicht die Sendungen des RIAS gewesen... Der Propagandasender der USA in Berlin verbreitete am Mittwoch (17. Juni 1953, d. Verf.) von 5.00 Uhr an für alle Teile Ostdeutschlands detaillierte Anweisungen.“ (18)

Offenbar wollte sich Bahr mit dem Ende der Streiks am Abend des 17. Juni nicht abfinden. So ist aus den Worten seines damaligen Leiters der RIAS-Nachrichtenabteilung, Hanns Werner Schwarze zu entnehmen: “Bis zum 20.6. einschließlich nahm die Berichterstattung über die Vorgänge und ihr Echo 90 Prozent aller unserer Nachrichtensendungen ein, während andere Rundfunksender schon längst zur ‚Tagesordnung‘ übergegangen waren.“ (19)

Und was meint Herr Bahr heute? Seine Aussage der Sender habe damals „bewusst oder unbewusst den Aufstand ausgelöst.“ ergänzt er in einem Gespräch im MDR (22.02.2012) "Na-

14 Osnabrücker Zeitung, 17. Juni 2013

15 Wikipedia Org/wiki/Aufstand_des_17_juni

16 Osnabrücker Zeitung, 17. Juni 2013

17 RBB, Info-Radio, 16. Juni 2013

18 New York Times, 19. Juni 1953

19 www.bpb.de/apnz/de-17-juni-1953

türlich war ich ein kalter Krieger." Das "war" will er abgehoben wissen von seiner späteren Tätigkeit bei Brandt. Da sei er "Entspannungspolitiker" gewesen, Diplomat. Und da wurde er einer der "Architekten" der Neuen Ostpolitik - bekannt als „Wandel durch Annäherung“ - wo er seine eigentlichen Ziele mit anderen Methoden verfolgte und so zum Untergang der DDR beitrug.

Merkels „Legitimität“

60 Jahre nach dem 17. Juni 1953 erweist sich, dass die DDR keineswegs zu einer „Fußnote der Geschichte verkommen“ ist, wie es sich ihre ärgsten Feinde gewünscht hatten. So mussten denn die obersten Repräsentanten der BRD aufgeboten werden, um zum 17. Juni die Idee des Sozialismus und das sozialistische Aufbauwerk der DDR zu schmähen. Der Bundeskanzlerin (Jahrgang 1954) fiel bei einer Gedenkveranstaltung nichts Besseres ein als zu sagen: "Am 17. Juni 1953 war die DDR noch nicht einmal vier Jahre alt. Und doch war sie politisch bereits am Ende." (20)

Die Bundeskanzlerin bewegte sich damit auf den Spuren früherer Repräsentanten der BRD. Die hatten mit ihren Prophezeiungen dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der Geschichte unseres Volkes gleich nach dessen Gründung keine Chance zugestimmt. So meinte Jakob Kaiser, Minister in der Adenauer-Regierung, fünf Tage nach dem 7. Oktober 1949, er sehe „für das ostzonale Staatsgebilde keine Entwicklungsmöglichkeiten.“ (21)

Zwei Tage später fassten die „Ruhrnachrichten“ die prophetischen Weissagungen der politischen Prominenz des Bonner Separatstaates zusammen: "Diese sogenannte DDR ...wird das Jahr 1950 kaum er-, geschweige denn überleben."

Die Kräfte der politische Reaktion in der BRD setzten alles daran, das andere Deutschland, das mit der fluchbeladenen Ver-

20 www.bundeskanzlerin.de/contanz

21 Die Welt, 12. Oktober 1949

gangenheit Deutscher Reiche entschieden und konsequent gebrochen hatte, aus der Welt zu schaffen. Und nun kommt Angela Merkel, um ihren Beitrag in der antikommunistischen Tradition abzuarbeiten. Wobei sie bisher vergeblich gegen die nachhaltigen Wirkungen positiver Ergebnisse von vier Jahrzehnten sozialistischen Aufbaus in einem Teil Deutschlands ankämpft.

Überaus kurios wirkt bei den gegen die DDR gerichteten fortwährenden Delegitimierungsbestrebungen, dass Angela Merkel für sich beansprucht, zu einem Urteil über die DDR legitimiert zu sein. Hieß es doch in ihrer Gedenkrede: „Auch für uns als Repräsentanten des Staates hat der 17. Juni 1953 eine überaus wichtige Botschaft. Er unterstreicht, dass staatliches Handeln seine Legitimität stets durch die Bürgerinnen und Bürger erfahren muss. Politiker sind dazu da, die Anliegen der Menschen ernst zu nehmen. Wir müsse nach den Chancen jedes Einzelnen fragen und mit ihnen das Gemeinwohl fördern.“ (22)

Redepassagen, die das „Anliegen der Menschen“ und die „Chancen jedes Einzelnen“ mit Hohn überschütten. Denn die Mehrheit der Bundesbürger hat eine Meinung zum Bundeswehr-Kriegseinsatz in Afghanistan, zum Ausbau des Überwachungsstaates Bundesrepublik, zur rapiden Zunahme asymmetrischer Arbeitsverhältnisse, zu den Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten in der Familien- und Bildungspolitik des Staates, die für die „Repräsentanten des Staates“ keinen Pfifferling wert ist.

Was will eigentlich die seit Jahrzehnten so massiv betriebene Verteufelung der DDR erreichen, die zum 60. Jahrestag des 17. Juni wiederum zu einem Höhepunkt auflief?

Im Bewusstsein der Menschen soll vor allem die Auffassung festgemacht werden, es gebe zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung keine Alternative. Und es soll zugleich die Er-

22 www.bundestkanzlerin.de/contanz

kenntnis der Menschen über die Gebrechen und Verbrechen dieses angeblich alternativlosen Systems verhindert werden. Wenden wir uns zunächst der zuerst genannten Zielsetzung zu.

Kapitalismus alternativlos?

Allein schon das Wort „Sozialismus“ soll möglichst bedingte Reflexe auslösen: Sozialismus sei die Inkarnation des Bösen in der Welt. Die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen, in dem Willkür, Zwang usw. usf. herrschten.

Wut und Rache richten sich nach wie vor gegen das „Unrecht“, das vier Jahrzehnte lang in der DDR die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse außer Kraft gesetzt hatte. Die von der politischen Elite der BRD betriebene „Erinnerungskultur“ und „Aufklärung“ im Rahmen der „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ setzt alles daran, die Erinnerung an positive Ergebnisse der Politik der DDR, die von der übergroßen Mehrheit der DDR-Bürger mitgetragen und verwirklicht wurde, abzutöten. Bei der jungen Generation soll die Verbreitung der Wahrheit über dieses Kapitel deutscher Geschichte verhindert werden.

Dank der in der DDR herrschenden Politik, die zu grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltungen geführt hatte, waren der Profitmacherei großer Konzerne und der Finanzwirtschaft und damit der Umverteilung von unten nach oben, die Grundlagen entzogen worden.

Die in der DDR herrschende Politik achtete und realisierte die Grundsätze des Potsdamer Abkommens. Sie verhinderte im Bunde mit den anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages eine, wie Bundeskanzler Kohl es später nach dem Anschluss der DDR formulierte, „Rückkehr zur Normalität“ bzw. die „Enttabuisierung des Militärischen“, wie es Kohl-Nachfolger Schröder ausdrückte. Die NVA war eine Armee, die keine Kriege führte und die sich an keinen Militäraktionen gegen andere Staaten beteiligte. Die DDR, die von ihren ärgsten Feinden als „zweite deutsche Diktatur“ mit dem faschistischen Deutschland gleichgesetzt werden soll, trug wesentlich dazu

bei, dass den Deutschen in Ost und in West die längste Friedensperiode in der Geschichte unseres Volkes gesichert wurde.

Für DDR-Bürger war es einfach undenkbar, dass Nazis oder Kriegsverbrecher Positionen von Staat und Gesellschaft bekleidet hätten. Oder dass es eine NPD im Parteiensystem der DDR oder gar NPD-Mandate in Volkskammer, Bezirks- oder Kreistagen gegeben hätte.

Die „Erinnerungskultur“ der antikommunistischen Delegitimierer ist ängstlich bemüht, auch solche Selbstverständlichkeiten der DDR-Realität in Vergessenheit geraten zu lassen bzw. jungen Menschen gegenüber peinlichst zu verschweigen, dass soziale Gerechtigkeit herrschte und eine Kluft in der Gesellschaft zwischen Arm und Reich wie in der BRD den DDR-Bürgern unbekannt war.

Solche und weitere Wahrheiten sozialistischer Politik sollen unter Lügen-Lawinen verschüttet werden.

Gebrechen und Verbrechen verdecken

Zu der weiteren Zielsetzung der Dauerkampagne gegen die DDR.

Sie besteht darin, alles daran zu setzen, um zu verhindern, dass im Bewusstsein der Menschen die Auffassung Platz greife, der Kapitalismus sei eine ungerechte, inhumane, friedensfeindliche Gesellschaftsordnung. Es ist bezeichnend, dass alle bisherigen Bundesregierungen entschieden eine „Aufarbeitung der Geschichte“ dieses Deutschlands ablehnten.

Bekanntlich gingen vom kaiserlich-imperialistischen und vom faschistischen Deutschland zwei verheerende Weltkriege aus. Nach dem ersten blieben in ganz Deutschland, nach dem zweiten in der BRD die alten Produktions- und Eigentumsverhältnisse erhalten. Der Schoß blieb fruchtbar noch, vermerkte mahnend Bert Brecht.

„Erinnerungskultur“ für die BRD müsste beispielsweise darlegen, dass nach der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus in den Westzone CDU und SPD zunächst in ihren

Programmen und Grundsätzen die Kapitalherrschaft als Ursache des den Völkern zugefügten Leides verurteilten. Sie gelobten, diese Ordnung zu überwinden und den Sozialismus aufzubauen. Die SPD-Führung sprach sogar von einer „Tagesaufgabe“.

Zu solcher „Aufarbeitung“ gehörte weiter festzustellen, dass die erste Bundesregierung anstatt die sich aus dem Potsdamer Abkommen ergebende Verpflichtung, für ein friedliches, demokratisches und einheitliches Deutschland zu wirken, gemeinsam mit den USA die Spaltung des Landes betrieb. Die Adenauer-Regierung erklärte nach der Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse die „Befreiung der Brüder und Schwestern im Osten“, also den Anschluss der DDR, als ihre Aufgabe.

Frau Merkel wählte das Jahr 1953 aus, um das Scheitern der DDR zu konstatieren. Hätte sie die BRD im Jahre 1953 betrachtet, so hätte sich ihr ein aufschlussreiches Bild geboten:

1953 bestand die Mehrzahl der Bundestagsabgeordneten aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern. (23) In diesem Bundestag saßen mehr Nazis als 1933 im Reichstag. Frau Merkel hätte auch feststellen können, dass im gleichen Jahr Konrad Adenauer Hans Maria Globke, diesen Mitautor und Kommentator der faschistischen Rassengesetze, zum Staatssekretär ins Bundeskanzleramt berief. Adenauer selbst, auf den sich Frau Merkel gern als Vorbild beruft, hatte übrigens schon 1932 erklärt, dass „eine so große Partei wie die der NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse.“ (24) Bundespräsident war 1953 Theodor Heuss. Er hatte am 23. März 1933 im Reichstag für Hitlers Ermächtigungsgesetze gestimmt. Mehr als 20 frühere Mitglieder der Nazipartei wurden in den 1950er und 1960er Jahren Mitglieder von Bundeskabinetten. Auch das Brandt-

23 www.uni-protokolle.de/Lexikon/Bundestag

24 E. Krenz, Walter Ulbricht; Zeitzeugen-Zeitzeugnisse, Das Neue Leben, Berlin, 2013, zitiert in Junge Welt, 25. Juni 2013

Kabinett kam Anfang der 1970er Jahre ohne zwei Nazis nicht aus. Drei Altnazis wurden Bundespräsidenten.

Ein Schleier des Schweigens wird auch über die Verfolgung Andersdenkender gelegt. In der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der BRD wurden von der von ehemaligen Nazis durchsetzten Justiz von Anfang der 1950er bis Ende der 1960er Jahre nahezu 250.000 Ermittlungsverfahren gegen Gegner der Spaltung Deutschlands und der Remilitarisierung Westdeutschlands durchgeführt. Das waren Verfahren gegen Mitglieder der KPD, der SPD, des DGB, der FDJ, gegen bürgerliche Demokraten. Etwa 500.000 Bundesbürger waren von dieser Verfolgung betroffen. 10.000 von ihnen wurden als „Verfassungsfeinde“ geächtet. Berufsverbote wurden ausgesprochen. 1956 wurde die KPD verboten. Das Urteil ist bis heute nicht aufgehoben. Ein „Blitzgesetz“ und die Notstandsgesetze wurden erlassen.

Bundesdeutsche Justizbehörden verfolgen heute Menschen, die gegen Nazis, gegen Antidemokraten auf die Straße gehen. Um einzuschüchtern.

Das Kapital verstärkte nach dem Anschluss der DDR die Umverteilung von unten nach oben. Der Prozess der Polarisierung zwischen Arm und Reich wurde verschärft. Die von Kanzlerin Merkel erhobene Forderung, Politik müsse „marktkonform“ sein und es sei wichtig, das „Vertrauen der Märkte zu erwerben“, hat, nicht zuletzt in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren, die Banken zu den großen Gewinnern gemacht, während deren Verluste sozialisiert wurden.

Die mit dem Anschluss der DDR größer gewordene BRD vollzog die „Rückkehr zur Normalität“. Sie ist als NATO-Mitglied aktiv an den Ressourcen- und Weltordnungskriegen beteiligt.

Der Kapitalismus kann den Menschen keine gesicherte Zukunftsperspektive bieten. Er gefährdet vielmehr mit seinen Aggressionshandlungen die Zukunft der Menschheit.

Mit der antikommunistischen Dauerkampagne soll von dieser Wahrheit abgelenkt werden.

Präsidialer Antikommunismus

Am 14. Juni 2013 kam der Bundestag zu einer Gedenkstunde aus Anlass des 60. Jahrestages des 17. Juni zusammen. Die bundesdeutsche Prominenz – Bundeskanzlerin, Bundestagspräsident, Bundesratsvorsitzender, Bundesverfassungsgerichtspräsident – war gekommen, um gemeinsam mit den Bundestagsabgeordneten eine Gedenkrede des Bundespräsidenten anzuhören. Als Bundestagspräsident eröffnete Prof. Lammert die Veranstaltung, wobei er gleich beklagte, dass der 17. Juni in seiner gesamtdeutschen und europäischen Bedeutung noch immer nicht angemessen wahrgenommen werde. Da ist also noch manches zu erwarten.

Von den Opfern des „Volksaufstandes“, den – natürlich zu Unrecht – Verfolgten und den bedauernswerten Republikflüchtigen macht Lammert auch einen Schwenk auf Internationales.

Da es vor 60 Jahren doch um „Freiheitskampf“ ging „ sind unsere Gedanken heute auch bei denen, die in diesen Tagen und Stunden dabei sind, sich ihre Freiheit zu nehmen – in Syrien, im Iran oder in Weißrussland.“ Herr Lammert erklärt nicht wer es wohl ist, der sich seine Freiheit nehmen will. Allerdings ist allgemein bekannt, dass die Politik der BRD die selbsternannten „Freiheitskämpfer“ – gerade in diesen Ländern – nicht nur in Gedanken unterstützt. Politische Einmischung ist angesagt. Und so fordert Lammert in der Gedenkstunde, dass der 17. Juni künftig ein „Schlüsseldatum der europäischen Geschichte“ sein müsse (25) was im Klartext heißt, dass damit Maßstäbe für „Erinnerungskultur“ gesetzt werden. Da hat ihn wohl sein Parteifreund Kauder inspiriert, der ja proklamiert hatte: „Jetzt wird in Europa deutsch gesprochen“ (26)

Einen absoluten Höhepunkt in der antikommunistischen Hetze zum 17. Juni lieferte dann in seiner Gedenkrede vor dem erlauchten Gremium der deutsche Bundespräsident Gauck.

25 www.Spiegel.de>Politik>Deutschland>Euro-Krise

26 www.antenne.de/Nachrichten&Service

In der bei ihm bekannten selbstgefälligen, salbungsvollen und manierten Art legte er dar, wie die Ereignisse des 17. Juni nach 60 Jahren zu bewerten sind. Dabei bot er ein Gemenge von Wahrheiten, Halbwahrheiten und Lügen, um die These vom „Volksaufstand“ ein für alle mal zu manifestieren. Sein Schwerpunkt waren allerdings – wie zu erwarten war – die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und „Philosophieren“ über den Antikommunismus.

So „philosophierte“ er, „dass es eine Zeit gab“, in der auch er – wie andere – „in den 50er Jahren mit einem Thomas Mann zugeschriebenen Diktum – den Antikommunismus für die Grundtorheit der Epoche hielten“. (27) Und nun versucht Gauck den Eindruck zu erwecken, das Thomas Mann „zugeschriebene Diktum“ von der Grundtorheit sei auf die „Zeit des Kalten Krieges“, also auf die Nachkriegszeit gemünzt. „Antikommunismus konnte einem Vorurteil entspringen, einem Verschwörungsdenken“, so Gauck weiter. „Wem der Antikommunismus als Mc Carthysmus begegnete..., für den hieß ein Gebot der Aufklärung: So nicht.“ Man habe aber schon damals wissen müssen, meint der deutsche Bundespräsident: „Es gibt zwei Arten von Antikommunismus.“ Gauck als „Aufklärer“ meint weiter: „Aber wer nicht erkannte, dass es einen Antikommunismus gab und gibt, der entstanden ist aus Leid, der Erfahrung von Willkür und Unrecht, aus millionenfachem Tod,... der hat das 20. Jahrhundert nicht verstanden.“ (28)

Nun hat jedoch Thomas Mann sein Urteil über Antikommunismus nicht in den 1950er Jahren, nicht im Kalten Krieg, nicht während des Mc Carthysmus gefällt, wie nach Gaucks Darstellungsart der Eindruck entstehen könnte und möglicherweise auch sollte.

Die Realität: Thomas Mann ergriff ab 1940 die ihm in der Emigration gebotene Möglichkeit, sich über den Äther an das deutsche Volk zu wenden. Vier Jahre später, 1944, im fünften Kriegsjahr, als die faschistischen Okkupanten bei ihrem Rück-

27 www.bundespraesident.de/Reden

28 ebenda

zug große Teile des europäischen Teils der Sowjetunion in verbrannte Erde verwandelt hatten, spricht Thomas Mann in einem seiner Kommentare von der „Grundtorheit der Epoche“.
(29)

Was an Gaucks Darstellung auffällt und aufschlussreich ist: Ihn berührt in seiner Darlegung in keiner Weise die faschistische Tyrannei, die bekanntlich den Antikommunismus als eine ihrer ideologischen Grundlagen hatte und über 50 Millionen Menschen dahinraffte. Ihn rührt nicht der 20-„millionenfache Tod“ von Sowjetbürgern, von Opfern des von deutschem Boden ausgehenden Vernichtungskrieges. Er will „Aufklärer“ sein: Er nimmt vielmehr den 17. Juni zum Anlass, nicht nur die DDR, sondern den vergangenen Realsozialismus „in Mittel- und Osteuropa“ zu verteufeln. Er nimmt den Antikommunismus zur Grundlage seines Antisowjetismus und versteigt sich zu solcher Schlussfolgerung: „Für mich und unzählige Menschen in Mittel- und Osteuropa ist dieser aufgeklärte Antikommunismus nicht nur ein Erfordernis zur Verteidigung unserer politischen Kultur, sondern... ein Gebot des Humanismus.“ (30)

Aus diesem seinem „aufgeklärten Antikommunismus“ entwickelte der deutsche Bundespräsident für die Gegenwart und den präsidentialen Hausgebrauch eine nationalistisch durchdrungene Russophobie. Sie ist an Infamie und Verleumdung kaum zu überbieten.

„Der Spiegel“ berichtete darüber: “Der Präsident forderte die Russen zu Scham, Trauer und Reue auf, wenn sie sich mit der Vergangenheit der kommunistischen Diktatur beschäftigen. Russland, so die Botschaft des ehemaligen Beauftragten für die Stasi-Unterlagen, solle sich in Sachen Vergangenheitsbewältigung ein Beispiel an Deutschland nehmen.“ (31)

29 F.Cronau (HG), Wie Thomas Mann Tscheche und „Agitator“ wurde, Spotless Verlag, Berlin 2008, S. 65/66

30 www.bundespraesident.de/Reden

31 Der Spiegel, 25/2013

Das muss ausgerechnet einer der obersten Repräsentanten der Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches sagen. Eines Staates, der bei seiner Gründung die personelle Kontinuität mit dem „Dritten Reich“ wahrte. Wieder wird, wie in jüngster Vergangenheit zunehmend von deutschen Politikern, das deutsche Wesen beschworen. Als Richtschnur „politischer Kultur“, als Maßstab, wie sich andere Völker zu verhalten haben. „Die Deutschen“ werden von rechtskonservativen Kräften von je her als „Opfer“ bezeichnet.

Kaum zu überbietende Russophobie aber verlangt von den Russen, bei denen in jeder Familie Opfer des faschistischen Überfalls zu beklagen waren, Reue und Einsicht! In Moskau wurde unlängst der Eindruck geäußert, man fühle sich bei manchen Äußerungen bundesdeutscher Politiker in die Zeit des Kalten Krieges zurückversetzt.

Gauck setzt an die Stelle unverrückbarer und unverzichtbarer historischer Wahrheiten seinen „aufgeklärten Antikommunismus“, den er als eine Kategorie des Humanismus, als Element des westlichen Wertesystems verkündet. Antikommunismus bleibt für ihn gesellschaftliche Verpflichtung zur Verteidigung des Kapitalismus.

Kalendarium für das 21. Jahrhundert

Gaucks „aufgeklärter Antikommunismus“ soll offensichtlich als Gegenstück zur „Grundtorheit“ der Epoche, wie sie Thomas Mann begründete, verstanden werden. Wer Gauck nicht folgt, hat, wie er doziert „das 20. Jahrhundert nicht verstanden“. Die europäische Geschichte wird Stück für Stück neu geschrieben.

Der 8. Mai als Tag der Befreiung hat im bundesdeutschen Kalendarium nichts zu suchen. Vor allem: An die Sowjetunion als Opfer des faschistischen Vernichtungskrieges und als entscheidende Kraft, die dem deutschen Faschismus das Genick brach und entscheidend zur Befreiung der Völker von faschistischer Barbarei beitrug, soll nichts mehr erinnern. Die historische Wahrheit soll aus dem Bewusstsein der Menschen verbannt werden.

Dieser Maxime folgend hatte Gauck, gemeinsam mit dem früheren tschechischen Präsidenten Havel den Beschluss angeregt, im September jeden Jahres einen „Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus“ zu begehen. Das EU-Parlament fasste einen entsprechenden Beschluss. „Aufgeklärter Antikommunismus“ will in revidierter Geschichtsschreibung und veröffentlichter Meinung die Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus.

Sich des Verstandes bedienen!

So haben Bundeskanzlerin, Bundespräsident und Bundestagspräsident 60 Jahre nach dem 17. Juni 1953 ihr Treubekenntnis zur „Erinnerungskultur“ und Geschichtsbetrachtung, wie sie die Staatsdoktrin BRD verlangt abgegeben und jeder begreift, dass damit eine politische Richtschnur gegeben ist.

Thomas Mann warnte 1941 eindringlich vor dem deutschen Nationalismus: „Ich gebe zu, dass, was man Nationalsozialismus nennt, lange Wurzeln im deutschen Leben hat. Es ist die virulente Entartungsform von Ideen, die den Keim mörderischer Verderbnis immer in sich trugen, aber schon dem alten, guten Deutschland der Kultur und Bildung keineswegs fremd waren. Sie lebten dort auf vornehmem Fuße, sie hießen ‚Romantik‘ und hatten viel Bezauberndes für die Welt. Man kann wohl sagen, dass sie auf den Hund gekommen sind und bestimmt waren, auf den Hund kommen, da sie auf Hitler kommen sollten... Ja die Geschichte des deutschen Nationalismus und Rassismus, die in den Nationalsozialismus ausging, ist eine lange, schlimme Geschichte; sie reicht weit zurück, sie ist zuerst interessant und wird dann immer gemeiner und grässlicher.“ (32)

Eine Mahnung, die ihre Aktualität nicht eingebüßt hat. Zumal die „Aufklärer“ mit ihrer „Erinnerungskultur“ weitere Höhepunkte antikommunistischer Hysterie ansteuern. Die Mahnung Thomas Manns zu beherzigen, ist um so dringlicher, da die Möglichkeiten zur Beeinflussung, zur Manipulierung der Men-

schen heute ungleich vielfältiger, raffinierter und gefährlicher sind, als noch vor Jahrzehnten. Bei allem, was uns täglich an Informationen, Berichten und Kommentaren geboten wird, die Antikommunismus schlechthin oder „aufgeklärtem Antikommunismus“ a la Gauck atmen, sollten wir Immanuel Kants mahnendes Wort beherzigen: (33)

„Hab Mut, dich deines Verstandes zu bedienen.“